

pax_zeit

1_2013



Mali: Blitzkrieg à la française
oder Afghanistan 2.0 in Afrika?
Waffen schaffen keine Stabilität

pax
christi

Internationale katholische
Friedensbewegung



Neues Erscheinungsbild
pax christi will stärker wahrgenommen werden und unterstreicht mit dem neuen Erscheinungsbild seine wichtige friedenspolitischen Arbeit.

Jenseits von richtig und falsch gibt es einen Ort. Dort treffen wir uns.

Rumi, persischer Mystiker, gest. 1273

Einladung zum Runden Tisch Nahost

- Zeit: Samstag 29. Juni 2013, 11-17 Uhr
- Ort: Kardinal-Hengsbach-Haus, Dahler Höhe 29, 45239 Essen
- Anmeldung ab sofort im pax christi-Sekretariat an sekretariat@paxchristi.de

Die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ der Nahostkommission hat innerhalb der pax christi-Bewegung zu einer intensiven Diskussion über Positionen und Methoden der Nahostarbeit geführt.

Wir laden herzlich ein zum Austausch dieser unterschiedlichen Empfindungen und Denkweisen. Mit diesem Runden Tisch schaffen wir einen Ort für den Dialog unabhängig von Abstimmungen und Entscheidungen.

Ziel des Runden Tisches ist es, Verständnis für die jeweils andere Seite zu schaffen, eine Klärung zu ermöglichen, welche Gründe es für die unterschiedlichen Sichtweisen gibt und in welchem Maße Übereinstimmung besteht.

Editorial

Eigentlich ist es ja der Mai, der alles neu macht. Wir haben uns aber für den März entschieden. Denn schon jetzt ist die Redaktion neu zusammengesetzt. Der Aufruf im letzten Heft war erfolgreich und ich darf zwei neue Redaktionsmitglieder begrüßen: Josef Roberg aus Köln und Klaus Beuerle aus Regensburg. Die letzte Redaktionssitzung war ausgesprochen lebhaft und entscheidungsfreudig. Mir tat es gut, viele neue Ideen und Energien für unsere bundesweite Bewegungszeitschrift zu erleben und so halten Sie heute die erste pax_zeit in neuem Gewand in den Händen.

Was steckt dahinter: Wir wollen gelesen werden! Aber unsere Zeit und Muße dazu steht umgekehrt proportional zu der Informationsflut, die uns allen täglich per Email, auf Papier, übers Handy und auf noch viel mehr Kanälen ins Haus flattert – oder twittert. Aber wir lassen uns gerne locken von aussagekräftigen Bildern und lesen, was überschaubar und interessant ist.

Den Versuch starten wir: in Farbe, mit größeren Fotos und mit Texten, die kurz und knapp auf den Punkt kommen. Oder sagen wir mal so: das ist unser Ziel und ab jetzt üben wir. Diese Ausgabe ist ein Anfang. Eine Zeitschrift im Übergangsstadium. Von hier aus wollen wir unser Konzept weiter entwickeln: neue Rubriken benennen, vielleicht Schwerpunktthemen pro Heft aufgreifen. All das will die Redaktion bei einem Planungstag beraten. Heft 2_2013 wird dann wieder neue Schritte gehen – diesmal mit mehr inhaltlichen als gestalterischen Veränderungen.

Schön wäre es auch, wenn Sie uns Ihre Gedanken zur pax_zeit schicken! Was möchten Sie gerne lesen? Ab Heft drei können wir Ihre Ideen dann aufgreifen und so gemeinsam die pax_zeit mit den aktuellen Interessen Ihrer Leser/innen zusammen bringen. Ich bin gespannt auf diesen Prozess und darauf, wie wir dann Heft 4_2013 füllen werden.

Schreiben Sie uns – wir freuen uns darauf!

Inspirierende Lektüre wünscht
Christine Hoffmann

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. **Herausgeberin:** pax christi Deutsche Sektion, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Email: sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de **Redaktion** Klaus Beurle, Daniele Fettweis (Alano Publikationsservice), Christine Hoffmann (verantwortl.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber. **Titelfoto** Dominik Thomas Butzmann, Berlin **Gesamtherstellung** Ute Begemann, Wuppertal. **Druck und Versand:** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal. Gedruckt auf EnviroTop (100% Recycling, FSC-zertifiziert, Blauer Engel).

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2_2013: 30. April 2013.

Dieser Ausgabe liegt die Ausschreibung des Kongresses „Zielscheibe Mensch“ bei. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung von Redaktion und Hrsg. wieder.

Inhalt

Gerechter Friede

Seite 4

50 Jahre „Pacem in terris“

Peter Bürger

Seite 6

Wann endlich beginnt eine ernsthafte Debatte?

Heinz Josef Algermissen

International

Seite 7

Mali: Blitzkrieg à la française oder Afghanistan 2.0 in Afrika?

Heinz Werner Wessler

Seite 10

Ein Mosaik von Aktiven für den Frieden

Interview mit PCI-Generalsekretär José Henríquez

Seite 12

Wachsende Süd-Solidarität für Palästina

Wiltrud Rösch-Metzler

Friedenspolitik

Seite 14

Waffen schaffen keine Stabilität

Holger Rothbauer

Seite 16

Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit

Elke Steven

Impuls

Seite 17

Zur Feindesliebe

Horst-Peter Rauguth

Dialog

Seite 18

Präsidiumsnotizen

Josef Roberg

Seite 18

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Seite 19

Meldungen aus den Bistumsstellen

Markus Weber

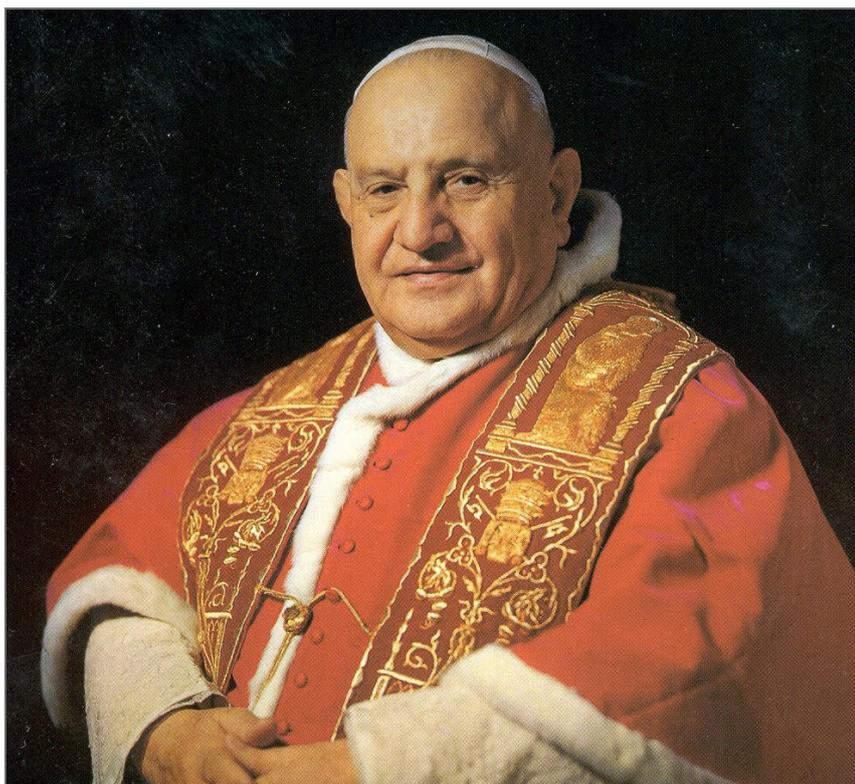
Seite 22

Leserbriefe



Die Wahrheit lässt sich nicht verdrehen

Am 26. Februar 2013 überreichte die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ der Bundesregierung die Skulptur, wie sie tatsächlich aussehen müsste: der Lauf der Pistole ist entknotet, siehe Seite 24. Deutschland ist drittgrösster Rüstungsexporteur auch bei den Kleinwaffen, dem Massenvernichtungsmittel der Jetzt-Zeit. Jeden Tag verlieren einhundertundvier Menschen ihr Leben durch Kleinwaffen aus Deutschland. Mehr als vier pro Stunde. Bis heute befinden sich weltweit mehr als zehn Millionen Heckler&Koch-Waffen im tödlichen Einsatz.



»Technologische Fortschritte können die Menschen der ganzen Erde zu immer größerer Zusammenarbeit und innerer Verbundenheit“ führen (Nr. 130; vgl. *Gaudium et spes* Nr. 23,1).«

Papst Johannes XXIII, Friedensstifter in der Kuba-Krise 1962 und Vater der Enzyklika „Pacem in terris“.

50 Jahre „Pacem in terris“

Die einzige vertonte Enzyklika der Geschichte

Peter Bürger

Als Benedikt XV. nach seinem Amtsantritt im September 1914 den Abgrund des modernen Krieges verurteilte, standen namentlich auch die deutschsprachigen Bischöfe gegen ihn. Der Papst sprach von „Schlächtere“ und von einem „Selbstmord des zivilisierten Europas“. Zur Lösung von Konflikten sei ein für alle Staaten verbindliches internationales Schiedsgericht zu schaffen. Das von Benedikt 1917 vorgelegte Prinzip war wegweisend für die nachfolgende katholische Sozial- und Friedensethik: Waffengewalt muss durch die Geltung des Rechts in der Völkerwelt ersetzt werden.

Auf den für das Völkerrecht bahnbrechenden Briand-Kellogg-Pakt von 1928 reagierte die Kirche dann leider erst mit sechzehnjähriger Verspätung. Pius XII. forderte am 24.12.1944 ohne Aufschub „alles zu tun, was möglich ist, um ein für allemal den Angriffskrieg [...] in Acht und Bann zu bringen“. Erst Johannes XXIII. wird 1963 in seiner Enzyklika „Pacem in terris“ (Frieden auf Erde, Lukas 2,14) die Charta der Vereinten Nationen, welche zwischenstaatliche Gewalt überhaupt ächtet, theologisch als „Zeichen der Zeit“ würdigen. Ebenso gilt ihm die Allgemeine Erklärung

der Menschenrechte als „ein Akt von höchster Bedeutung“. Die Enzyklika enthält ein nachdrückliches Bekenntnis gerade auch zu den sozialen Menschenrechten. Die Option für den Frieden soll „vor allem den Schwächsten unter den Menschen“ dienen. Der französische Außenminister Robert Schuman bescheinigte nach dem 2. Weltkrieg dem Nuntius Roncalli: „Er ist der einzige Mann in Paris, in dessen Gesellschaft man die physische Empfindung von Frieden hat.“ Am Beginn des Roncalli-Pontifikates stand das Wort: „Das Wichtigste ist der Friede.“

Johannes XXIII: Friedensappell zur Kubakrise

Im Oktober 1962 führte die Kuba-Krise die Welt an den Rand eines Atomkrieges. Ein päpstlicher Friedensappell bot den beiden Supermächten die Möglichkeit, öffentlich das Gesicht zu wahren und nachzugeben. Am 25. Oktober bat Johannes XXIII. die Mächtigen über eine Rundfunkansprache: „Mit der Hand auf dem Herzen mögen sie den Angstschrei hören, der aus allen Teilen der Welt, von den unschuldigen Kindern bis zu den Alten ... zum Himmel aufsteigt: Friede, Friede!“ Der Papst wurde weltweit als Botschafter des Friedens anerkannt. Als sein Vermächtnis betrachtete Johannes XXIII. die Enzyklika „Pacem in terris“, bei deren Er-

scheinen am 11. April 1963 er schon vom Tod gezeichnet war. In „Pacem in terris“ klagt Johannes XXIII. – beiden Supermächten nach der Kuba-Krise wenig vertrauend – über die nicht annehmbaren Folgen von Kernwaffenexperimenten und fordert generell, „dass Atomwaffen verboten werden“. Aus der „schrecklichen Zerstörungsgewalt der modernen Waffen“ schließt er: „Darum ist es in unserer Zeit, die sich des Besitzes der Atomkraft rühmt, vernunftwidrig [d.h. wahnsinnig], den Krieg noch als das geeignete Mittel zur Wiederherstellung verletzter Rechte zu betrachten.“

Atomwaffen vernunftwidrig

Die Bedeutsamkeit dieses Satzes erkennt auf dem II. Vatikanischen Konzil eine die Interessen der USA vertretende Gruppe um Kardinal Spellman. Sie verlangt kurz vor der Abstimmung in einer „theatralischen Kollektiverklärung“ seine Streichung aus dem Konzilstext „Gaudium et spes“. Sie will verhindern, dass jeglicher Atomwaffeneinsatz als unsittlich verurteilt wird. Die Konzilsmehrheit gesteht jedoch lediglich zu, das – durch den Protest erheblich aufgewertete – Zitat von Johannes XXIII. redaktionell in die Anmerkungen zu verschieben. Allerdings erringt die Spellman-Clique einen Teilsieg: Eine frühere Fassung hatte nämlich bereits den bloßen Besitz moderner Massenvernichtungswaffen klar verurteilt.

Rüstung ist Mord an den Armen

Sehr deutlich verweist später Paul VI. auf aktive gewaltfreie Methoden des Widerstandes und eine Umwandlung der militärischen Beziehungen zwischen den Nationen in zivile. Er lehnt eine Beschäftigungspolitik ab, die „Hunderttausende von Arbeitern [...] für die Produktion von Mordwaffen einsetzt“, brandmarkt – deutlicher als „Pacem in terris“ (Nr. 109) – die Hochrüstung als Mord an den Armen und begegnet mit seiner Forderung nach Gerechtigkeit für die Völkerwelt dem Missverständnis, Friede sei die Abwesenheit von Kriegshandlungen. 1976 lässt Paul VI. durch eine von der päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* veröffentlichte Stellungnahme die Aussagen des II. Vatikanums über die militärische Praxis der Massenvernichtung als faktische Exkommunikation auslegen. Heute, ein halbes Jahrhundert nach dem Konzil, hat sich die Gesamtkirche immer noch nicht jenen 75 Pax-Christi-Bischöfen aus den USA angeschlossen, die im Sommer 1998 die Duldungsfrist für atomaren Waffenbesitz für abgelaufen erklärten!

Inspiziert durch „Pacem in terris“ spricht das II. Vatikanische Konzil nur eine einzige feierliche Verurteilung aus: „Darum erklärt diese Synode, indem sie sich die schon von den letzten Päpsten ausgesprochene Verdammung des totalen Krieges zu eigen macht: Jede Kriegshandlung, die unterschiedslos auf die Zerstörung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Einwohner ausgerichtet ist, ist ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen, das eindeutig und ohne Zögern zu verwerfen ist.“ (*Gaudium et spes* Nr. 80) Eine „durch den Schrecken der Waffen“ auferlegte Weltordnung wird abgelehnt und stattdessen ein aus internationalen Vertrauensbeziehungen erwachsender Friede gefordert: „Es ist also deutlich, dass wir mit all unseren Kräften jene Zeit vorbereiten müssen, in der auf der Basis einer Übereinkunft zwischen allen Nationen jeglicher Krieg absolut geächtet werden kann.“ (Nr. 82)

Aktuell auch heute

In „Pacem in terris“ hat Johannes XXIII. klargestellt, dass die zivilisatorische Errungenschaft des kodifizierten Menschen- und Völkerrechtes uns als Kirche zutiefst angeht. Alle Menschen sind gleichberechtigte Mitglieder der universalen Menschheitsfamilie (Nr. 25). Es darf „keine Völker mehr geben, die über andere herrschen“ (Nr. 25). Alle Staaten sind gleichgestellt (Nr. 86). Kein Überlegener hat das Recht, andere „irgendwie von sich abhängig machen“ (Nr. 87; vgl. Nr. 124 und 125). Wer andere ungerecht bedrückt, zählt zu jenen Staatsgebilden, die mit Augustinus als „große Räuberbanden“ zu bezeichnen sind (Nr. 92). Der „Einheit der menschlichen Schicksalsgemeinschaft“ entspricht das universale Gemeinwohl, „welches die gesamte Menschheitsfamilie angeht“ (Nr. 132).

Technologische Fortschritte können „die Menschen der ganzen Erde zu immer größerer Zusammenarbeit und innerer Verbundenheit“ führen (Nr. 130; vgl. *Gaudium et spes* Nr. 23,1). Diese Worte sind heute – im Zeitalter der globalen Kommunikationsgesellschaft – von beeindruckender Aktualität. Katholisch sind nicht Antimodernismus oder Fundamentalismus. Katholisch ist – ganz auf der Höhe der Zeit – der Blick auf das Ganze und den zivilisatorischen Ernstfall, der die ganze Menschenfamilie betrifft. Gerade auch in unserem Land, das in der Geschichte so schlimme nationalkirchliche Sündenfälle zu verzeichnen hat, sollte die kirchliche Praxis die Verheißung des Friedens für die Völkerwelt spürbar in den Mittelpunkt stellen (Jesaja 9,6; *Pacem in terris* Nr. 167). Ohne Widerspruch zur herrschenden Politik und zu mächtigen Wirtschaftsinteressen wird das freilich kaum zu bewerkstelligen sein.

Peter Bürger ist Friedensaktivist, pax christi-Mitglied aus Düsseldorf und Autor zahlreicher Bücher zum Frieden und zur Rolle der katholischen Kirche in der Geschichte.

Wann endlich beginnt eine ernsthafte Debatte?

Fragen von pax christi-Präsident Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, an Parlament und Bundesregierung zur bevorstehenden Verlängerung des Mandats in Afghanistan

Kurz vor Weihnachten fordert die Bundesregierung den Deutschen Bundestag auf, erneut der fortgesetzten Beteiligung deutscher Soldatinnen und Soldaten am Krieg in Afghanistan zuzustimmen. In diesem Kontext bitte ich das Parlament und die Bundesregierung um Antwort auf folgende Fragen:

Wann beendet die Bundesregierung ihren militärischen Einsatz in Afghanistan definitiv?

Die Besetzung des Landes durch die Truppen der internationalen Allianz hat statt der Befriedung und Versöhnung der innerafghanischen Konflikte die Verhärtung bestehender Interessengegensätze und die Bewaffnung immer größerer Teile der Bevölkerung gefördert. Die Bundeswehr muss sich mittlerweile sogar dem gegen sie gerichteten Einsatz von hochtechnologischen Waffen zur Wehr setzen, die sie selbst mit ins Land gebracht hat. Die internationalen Truppen haben die Gewalt in Afghanistan nicht gestoppt, sondern eher zur Eskalation beigetragen.

Mit welchen Maßnahmen fördert die deutsche Afghanistanpolitik Wege eines innerafghanischen Versöhnungsprozesses?

Was steht einem Waffenstillstandsabkommen in den Provinzen unter deutscher Regie entgegen?

In den letzten Jahren sind von Afghaninnen und Afghanen selbst Friedenspläne erarbeitet worden, die das Schweigen der Waffen und ein selbstbestimmtes Afghanistan zum Ziel haben.

Was tut die Bundesregierung zur Förderung dieser afghanischen Initiativen?

Was ist an grundsätzlicher Umsteuerung erforderlich, um das deklarierte Ziel der Förderung der afghanischen Menschenrechtssituation insgesamt und insbesondere der Frauenrechte tatsächlich zu erreichen?

In welchem Verhältnis stehen wirtschaftliche und geostrategische Interessen der Bundesregierung einerseits und die Unterstützung des afghanischen Staatsaufbaus sowie eines unabhängigen wirtschaftlichen Aufbaus des Landes andererseits?

Wann wird eine unabhängige Evaluation des Afghanistanmandats in Auftrag gegeben, die geeignet wäre, die Öffentlichkeit über Wirkungen, Erfolge und Misserfolge des deutschen militärischen und zivilgesellschaftlichen Engagements in Afghanistan zu informieren und daraus für die künftige Außenpolitik zu lernen?

Was tut die Bundesregierung, um internationalen Friedensbemühungen im Sinne des Aktionsplans „Zivile Konfliktbearbeitung“ Vorrang zu verleihen?

Ich ermutige die Bundesregierung, angesichts von Gewalt und Krieg in Afghanistan, der auch unter den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr Opfer gekostet hat und nicht wenige mit einem irreparablen Trauma zurückkehren lässt, das Scheitern des Militäreinsatzes zu bekennen und auf den Weg der zivilen Konfliktlösung zu vertrauen, der neue Perspektiven für die deutsche Afghanistanpolitik eröffnen würde.

Über all diese Fragen müsste bald so offen wie möglich und mit dem Ernst debattiert werden, der dieser tragischen Verstrickung angemessen ist.

Berlin/Fulda, den 10. Dezember 2012

Heinz Josef Algermissen
Präsident von pax christi Deutschland
Bischof von Fulda



Mit diesen Fragen wurde in Politik und Medien im Dezember 2012 große Aufmerksamkeit erreicht. Die Fragen treffen den Nerv. Manche fanden in Reaktionen aus Oppositionsparteien deutliche Unterstützung. Afghanistan braucht weiter unsere Solidarität.



Foto: Magharebia / Wikipedia, Lizenz: Creative Commons Attribution 2.0

Mali: Blitzkrieg à la française oder Afghanistan 2.0 in Afrika?

Frankreich, die EU, die Uno und im Gefolge auch Deutschland unterstützen auf einmal die malischen Putschisten, denn die westliche Welt hat hier eine der Frontlinien im weltweiten Kampf gegen die Islamisten identifiziert.

Heinz Werner Wessler

Jeder kennt den Namen der sagenumwobenen Wüstenstadt Timbuktu. Doch der Name „Mali“ war der deutschen Öffentlichkeit bis vor kurzem nahezu unbekannt. Das Sahel-Land ist eines der großen Flächenstaaten der Sahelzone, die große Mehrheit der Bevölkerung vertritt eine afrikanische Version des Islam. Christen, meist Katholiken, sind in der ehemaligen französischen Kolonie eine kleine Minderheit. Doch mit ihren vielen Schulen, Krankenhäusern und anderen gemeinnützigen Institutionen spielen sie wie in anderen nichtchristlichen Ländern eine wichtige Rolle im Modernisierungsprozess – nicht ohne interne und externe Probleme, wie die einstweilige Schließung des bekannten sozialen Instituts Centre Djoliba im Bamako zeigt. In den sechs katholischen Diözesen wird zudem der Dialog mit dem Islam groß geschrieben.

Im März 2012 brachte Mali zum ersten Mal Wind in den Blätterwald. Bundesaußenminister Westerwelle brauchte sich nicht weit aus dem Fenster zu hängen, als er den Militärputsch gegen den malischen Präsidenten Touré verurteilte. Die Anderen in Europa und in den USA taten es schließlich mehr oder weniger genauso. Als es dem Putschistenführer Amadou Sanogo daraufhin zu heiß wurde, setzte er den Zivilisten Dioncounda Traoré als Parlamentspräsident und Feigenblatt für seinen Putsch ein.

Der Konflikt

Die Hauptstadt Bamako liegt weit im Süden mit seiner schwarzafrikanischen Bevölkerung. Dort hatte die politische Klasse schon immer ihre Schwierigkeiten mit den Tuareg und Arabern im Norden, die sich wiederum vom Süden diskriminiert fühlen. Mit dem offenen Angriff auf eine Armeekaserne im Norden am 17. Januar 2012 gingen

die Rebellen aus dem Norden in die Offensive. Neben der Sammelbewegung der Tuareg-Rebellen Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad (MNLA) hatten sich mit Ansar Dine, Aqmi und Mujao drei islamistische Gruppen in der komplizierten Gemengelage von Machtkämpfen in Nord-Mali zu Machtfaktoren eingemischt. Mit Kidal fiel im März 2012, kurz vor dem Putsch, die erste größere Stadt in die Hände der Rebellen.

GNU General Public License (GPL)



Selbst Armand Dembele, Generalkoordinator der mit pax christi internationalis verbundenen „Initiative Malienne Pax Christi pour le Développement“, spricht in einem Brief vom 29.1.2012 an pax christi Österreich bei den islamistischen Gruppen von „Terroristen“, die den Tuareg-Faktor innerhalb der Rebellion an den Rand geschoben hätten. Im Laufe des Jahres 2012 brachte die diffuse Rebellenkoalition aus Tuareg-Interessen und Islamismus den ganzen Norden unter ihre Kontrolle, rief den unabhängigen Staat Azawad aus und fing Anfang 2013 sogar an, über das traditionelle Tuareg-Land hinaus in Richtung Süden vorzurücken. Der harte Kern der drei islamistischen Gruppen, die die Kontrolle der großen Städte unter sich aufteilten, bestand aus Nordafrikanern und nahm auf die MNLA immer weniger Rücksicht. Oberst Gaddafi hatte vor seinem Abtritt von der Bildfläche noch davor gewarnt, dass sich ohne ihn die „Pforten der Hölle“ auftun würden. War es ein Konflikt dieser Art, was er damit gemeint hatte?

Viele der Kämpfer sind Malier, die einmal froh gewesen waren, ihren bitterarmen Lebensumständen entkommen zu sein und in Gaddafis Soldateska Arbeit und Auskom-

men gefunden zu haben. Die Arabellion hat ihnen alles genommen. Es heißt, dass kurz vor dem Untergang in Libyen noch große Mengen Waffen und Ausrüstung – aus europäischer Produktion, versteht sich, bezahlt mit Libyens Öl – über die kaum kontrollierten Grenzen nach Mali geschafft wurden. Insofern ist das Chaos in Mali eine direkte Folge des von der NATO orchestrierten Umsturzes in Libyen. Doch auch von Algerien aus sickerten zunehmend Söldner, Ausrüstung und vor allem islamistisches Gedankengut nach Mali ein. Die algerischen Jihadisten konnten das ideologische Vakuum der abgetakelten Gaddafi-Getreuen scheinbar füllen.

Zwar konnten die selbst ernannten Kalifatskämpfer dank des vergleichsweise üppigen Solds, das ihre Truppenführer zahlen, auch lokal rekrutieren. Religiöser Fanatismus ist der Bevölkerung jedoch fremd.

Die Jihadisten erwiesen sich außerdem immer mehr als Banditen, Vergewaltiger und Mörder. Außerdem gehen sie ohne Rücksicht auf religiöse Empfindlichkeiten gegen die im Volksglauben tief verwurzelte Heiligen- und Ahnenverehrung vor, die der Islamismus rigoros ablehnt. Im Dezember 2012, als der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 2085 auf eine Unterstützung des malischen Militärs und eine innerafrikanische Eingreiftruppe drängte und damit erstmals Stellung nahm, traten die Bruchlinien zwischen den beteiligten Parteien an der Revolte deutlich zu Tage.

Taten statt Warten?

Dann überschlugen sich plötzlich die Ereignisse. Mit den hochprofessionellen französischen Eingreiftruppen trat ein neuer, unerwarteter Faktor in die komplexe Gemengelage ein. Frankreich, die EU, die UNO und im Gefolge auch Deutschland unterstützen auf einmal die malischen Putschisten, denn die westliche Welt hat hier eine der Frontlinien im weltweiten Kampf gegen die Islamisten identifiziert. Nun hieß es, Mali dürfe kein zweites Somalia und kein zweites Afghanistan werden. Mit diesen suggestiven Schlagworten lassen sich in Europa und Nordamerika problemlos Milliardenbeträge für Militärausgaben mobilisieren. Dies schließt die Finanzierung für eine westafrikanische Eingreiftruppe, Ausbildung der malischen Armee, Feindüberwachung und alle möglichen Versuche ein, der unseriösen malischen Regierung im eigenen Land und international zu Glaubwürdigkeit zu verhelfen.

Wie in Afghanistan werden allerlei überzeugend klingende Sekundärziele mit dem primären Anliegen – Vertreibung der Islamisten – vermischt.

Die Themen Unterbindung des Drogen- und Menschenhandels, Demokratieförderung, Bildung, gute Regierungsführung, Frauenförderung und dergleichen mehr werden vermischt. Die staatlichen und nichtstaatlichen Organe der Entwicklungszusammenarbeit, inklusive der kirchlichen, werden zweifellos mit einer beträchtlichen Aufstockung ihrer Mali-Budgets nachrücken. Mit anderen Worten, der Patient kommt an den Tropf – ob er will oder nicht.

Doch der Kreis zieht sich noch weiter. Der Präsident des Nachbarlandes Niger, Issoufou, hat der Stationierung von US-Drohnen zur Überwachung des Luftraums von Mali und der weiteren Sahara in einem längst geplanten Stützpunkt in der Agadez-Region im Norden zugestimmt. Algerien und Libyen sind alarmiert. Frankreich plant außerdem, Elitesoldaten nach Niger zu schicken, um zu verhindern, dass die von seiner staatlichen Atomagentur AREVA kontrollierten Uranminen in den Sog des Mali-Konfliktes geraten. Malis Nachbarland Niger ist ein wichtiger Lieferant von Frankreichs Uran, und bekanntlich beabsichtigt Frankreich keineswegs, seine Atomkraftwerke abschalten. Der französische Atomkonzern AREVA denkt in die Zukunft und exploriert seit Jahren auch Uranvorkommen in Mali.

Präsident Hollande kann mit seinem abrupten Wandel zum entschlossenen Feldherrn, der den Bündnispartner Deutschland wie in den alten Zeiten erst im Nachhinein über das Mali-Engagement informierte, bei der französischen Bevölkerung ordentlich punkten. Nebenbei erweist sich, dass nicht nur das vielgescholtene Großbritannien, sondern auch Frankreich so seine Vorbehalte gegen die hochgelobte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Vertragspartner behält.

Grenzen des Machbaren

Trotz des blitzartigen militärischen Siegs sind die Grenzen des militärisch Machbaren sichtbar. Der französische Verteidigungsminister Le Drian bemüht sich, den französischen Einsatz in einen internationalen UN-Blauhelmeinsatz zu überführen. Die Jihadisten sind einstweilen wie vom Erdboden verschluckt, doch sie werden wiederkommen. Hier entsteht ein neues asymmetrisches Konfliktszenario, in dem Frankreich möglichst viel an Verantwortung von sich an die UN, die EU und die westafrikanische Staa-

tengemeinschaft wegdelegieren will, nachdem die NATO rasch Desinteresse signalisiert hat. Die Fäden in der Sahelzone wird es aber wohl nicht aus der Hand geben wollen. Man kann davon ausgehen, dass die bestehenden französischen Stützpunkte in Westafrika nun zu hochmodernen Aufklärungs- und Interventionszentren ausgebaut werden. Insofern gibt es durchaus Ähnlichkeiten zur Rolle der USA in Afghanistan und Irak.

Für den Augenblick scheint alles glatt zu laufen. Die bisher wenig profilierte Regierung in Bamako weiß, dass Paris sich bemühen wird, sie zu einem ernsthaften Gesprächspartner aufzupäppeln. Doch es bleibt bei der perspektivlosen Armut des größten Teils der Bevölkerung. Solange sich da nichts ändert, gibt es auch keinen Frieden, betont Wolfgang Schonecke vom Netzwerk Afrika-Deutschland.

Mit der Zeit wird es schwer fallen, den Eindruck zu vermeiden, hier gehe es um ein neokoloniales Großprojekt in neuem Gewand.

Die sicherlich zunehmenden Ressentiments dagegen in Verbindung mit Islamismus können sich leicht zu einer explosiven Masse vermengen. Hinzu kommt, dass die skandalöse Finanzierung der unter dem Namen „Al-Kaida“ operierenden Jihadisten aus Saudi-Arabien und den Golfemiraten sicherlich erhalten bleibt.

Der Konflikt im Norden Malis wirkt wie ein Katalysator für das französische Überwachungsregime in der Sahelzone. Die geschickt lancierten Horrormeldungen über islamistische Exzesse in Nord-Mali haben ein Zeitfenster der Militarisierung aufgetan. Das Projekt arbeitet mit der Suggestion, mit militärisch-chirurgischen Lösungen ließe sich das „Problem“ des Jihadismus in den Griff bekommen. Die Zeit spielt jedoch gegen die Militärs. Der Wüstenkrieg à la française verschafft nicht mehr als eine Atempause.

Heinz Werner Wessler ist Mitglied der pax christi-Kommission Solidarität mit Südafrika und lehrt in Schweden an der Universität Uppsala Indologie.

Ein Mosaik von Aktiven für den Frieden

Interview mit dem El Salvadorianer José Henríquez,
dem neuen Generalsekretär von Pax Christi International

Foto: Laura Mustio



Was inspiriert dich als Generalsekretär des weltweiten Friedensnetzwerks pax christi?

Besonders inspiriert mich die Hingabe der vielen tausend Menschen, die sich in der pax christi-Bewegung engagieren und den Frieden in unterschiedlichsten, teilweise sehr schwierigen Situationen lebendig werden lassen. Jede/r einzelne Aktive ist genauso beeindruckend wie die ganze Bewegung.

Diesen Quell der Inspiration ergänzt meine eigene Motivation, für Frieden und Gerechtigkeit einzutreten. Ich komme aus einer Region, deren Geschichte von Krieg und Gewalt gezeichnet ist und habe die Narben in vielen Gemeinschaften kennen gelernt. Diese Menschen haben mich viel gelehrt und ich würde ihnen gerne etwas zurück geben. Was mich auch stärkt, ist mein Glaube an die eine große Gemeinschaft aller Menschen. Wir alle sind miteinander verbunden, selbst wenn wir es gar nicht merken.

Die Stärken. Unsere Bewegung hat eine starke Geschichte des Einsatzes für Frieden und hat sich damit international

hohes Ansehen in Friedensfragen verschafft. Meine Erfahrung ist, dass unsere Stimme wirklich gehört wird. Die religiöse, geographische, kulturelle und organisatorische Vielfalt bedeutet einen Fundus, der es PCI ermöglicht ein Mosaik von Stimmen, Themen und Zugängen zum Frieden zu verbinden. Bei aller Verschiedenheit verbindet alle pax christi-Engagierten ein Gefühl von Zusammengehörigkeit in Hingabe und Solidarität.

Ein Alleinstellungsmerkmal von pax christi in der katholischen Kirche ist die Art, wie wir zugleich mit der Kirchenleitung, ökumenisch und interreligiös und mit Graswurzelorganisationen vernetzt sind und zusammenarbeiten. Durch den Kontakt zum Graswurzellevel kann pax christi die Perspektiven derer einbringen, die am stärksten von Gewalt betroffen sind. Zuletzt möchte ich noch die Anpassungsfähigkeit der Bewegung nennen. Aus der Konzentration aufs Gebet kommend, bringt die pax christi-Bewegung ihre Spiritualität heute gerade durch ihre seriöse Anwaltschaft für Frieden gegenüber den Zentren der Macht zum Ausdruck.

Die Herausforderungen. Eine der wichtigsten ist die Kommunikation. Der Austausch untereinander ist nicht so schnell gewachsen wie die Bewegung selbst. Noch nutzen wir die technischen Möglichkeiten nicht optimal – jedenfalls nicht immer. Eine weitere Herausforderung ist es, die vorhandene Expertise für alle nutzbar zu machen. Auf Ganze gesehen verfügt pax christi über immense Erfahrungen und großes Potential. Wir bräuchten auch einfach mehr Geld, da dies aber heutzutage knapp ist brauchen wir viel Kreativität, um neue und solide Lösungswege zu finden. Auch brauchen wir mehr Fokus auf langfristige Perspektiven, die uns beim Kampf gegen aktuelle Probleme sonst abhandeln kommen. Es geht da um die notwendige Balance, um gezielt Stimme für die sein zu können, die leiden.

Was sind aus deiner Sicht heute wichtige Friedensfragen?

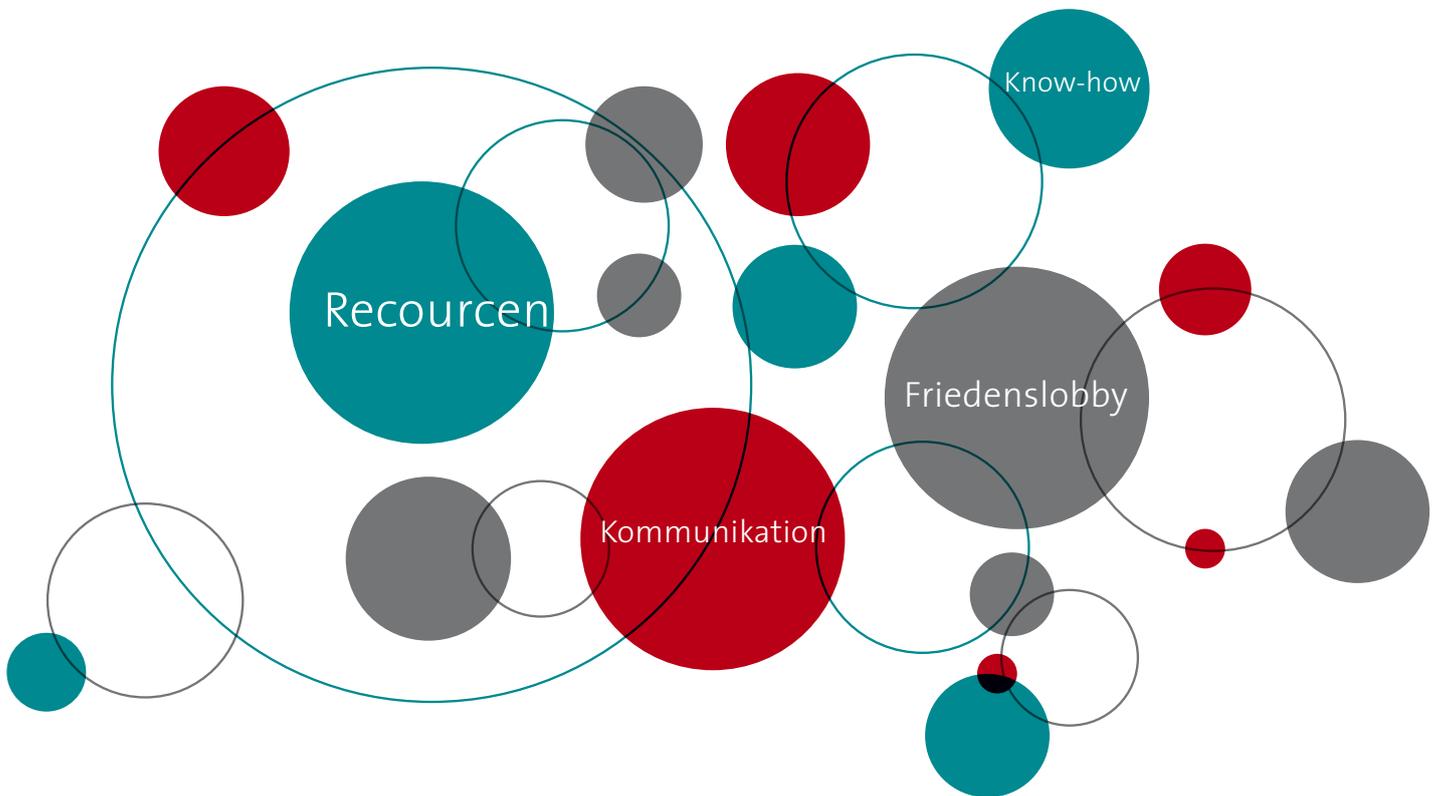
Es gibt mehr als mir lieb ist. Schauen wir uns zwei genauer an: Die Komplexität der gegenwärtigen Konflikte und die Absurdität der heutigen Militär- und Rüstungsausgaben. Die Welt ist heute viel weniger mit traditionellen zwischenstaatlichen, als mit hochkomplexen asymmetrischen Konflikten konfrontiert, während die Lösungswege konzeptionell und rechtlich noch an Souveränitätsfragen und

Nationalstaaten orientiert sind. Das passt vielfach nicht zusammen und funktioniert vielfach nicht.

Die zweite wichtige Friedensfrage ist, dass die finanziellen Ressourcen, die für Waffen und zur Entwicklung von Kriegstechnologie eingesetzt werden, jede Vorstellungskraft übersteigen und vernunftwidrig – das heißt wahnsinnig

te für die Logik des Militärischen durchbricht, in der wir gefangen sind. Wir setzen uns dafür ein, Politik, Wirtschaft und Soziales so zu gestalten, dass Frieden und Soziale Gerechtigkeit für alle Menschen greifbar werden.

Die Fragen stellte Christine Hoffmann



sind, im Vergleich zu den Mitteln, die aufgewendet werden, um Gemeinschaften zu befähigen, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Das mag schon seit langem so sein, aber die ausgefeilten neuen Technologien lassen das auch früher schon bestehende Missverhältnis lächerlich klein aussehen. So gesehen geben viele staatliche und nicht-staatliche Akteure dem Frieden keine Chance.

Was kann pax christi zur Lösung dieser Fragen beitragen?

Zweifellos sind die Werte, die wir leben und die Interessenvertretung, die wir machen, zentral. Wir mögen nicht die Macht haben, die Welt sofort zu verändern, aber uns verbindet der Weg, den das Evangelium uns weist.

Wir glauben, dass Frieden nicht die Abwesenheit von Konflikten ist, sondern das Schaffen vertrauensvoller Beziehungen auf allen Ebenen, das Streben nach Versöhnung und Gerechtigkeit, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir glauben an die Kraft der Gewaltfreiheit (und verschiedene religiöse und kulturelle Traditionen verbünden sich in unserer Bewegung unter diesem Aspekt), die die Argumen-

José Henríquez ist seit seiner koordinierenden Rolle bei den ersten lateinamerikanischen und karibischen Konsultationen der Bewegung von 2007 mit pax christi verbunden. Beruflich war er für die Stiftung des Solidaritätsnetzwerkes der lateinamerikanischen Maristen tätig und als Vorsitzender der „Kommission für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ der Konferenz der Ordensfrauen und -männer in Guatemala (CONFREGUA). Seine Studien schloss er mit dem Master in Entwicklungsmanagement und Soziologie in Washington sowie in der katholischen Soziallehre an der Päpstlichen Universität Gregoriana ab.

Wachsende Süd-Solidarität für Palästina

Weltsozialforum freies Palästina tagte in Porto Alegre/Brasilien

Wiltrud Rösch-Metzler

Zum ersten Mal hat ein Weltsozialforum zu Palästina stattgefunden. Das Großereignis vom 27. November bis 1. Dezember 2012 in Porto Alegre/Brasilien mit Kundgebung und Demonstration war von palästinensischen Nichtregierungsorganisationen, darunter auch christlichen sowie dem brasilianischen Gewerkschaftsdachverband CUT vorbereitet worden. Von der Landlosenbewegung in Brasilien über Schwulen- und Lesbengruppen aus USA, die gegen Israels „pinkwashing“ protestierten bis zum Globalen Frauenmarsch beteiligten sich alle an der großen Gewerkschaftsdemo am 29. November durch Porto Alegre. Brasilianische Anliegen, wie bessere Bezahlung für Lehrer/innen waren dort mit internationaler Solidarität für eine Welt ohne Mauern und ein freies Palästina verbunden. „Wir sind vor diesem Weltsozialforum gewarnt worden, es würden Leute teilnehmen, die keinen Frieden wollen“, sagte der CUT-Vorsitzende von Rio Grande do Sul bei der Abschlussveranstaltung im Festsaal der Universität von Porto Alegre. „Das mussten wir durchbrechen. Jetzt haben wir aber nicht nur einen Setzling gepflanzt, sondern einen ganzen Baum – bis Palästina frei ist.“

Auch ich gehörte zu den Interessierten, die aus 36 Ländern, darunter auch Israel und Iran, angereist waren. Gemeinsam mit Freund/innen aus der IPPNW und der japanischen Organisation „artists against occupation“ aus Hiroshima gestaltete ich einen Workshop für einen atomwaffenfreien Nahen Osten. Masae Yuasa, Professorin für internationale Beziehungen warnte dort vor einem explosiven Nahen Osten mit hoher Nuklear-Gefahr. Eindrücklich wies sie auf die Erfahrungen Japans mit Hiroshima und Fukushima hin und auf die Notwendigkeit, sich für einen atomwaffenfreien Nahen Osten einzusetzen. Nachdem die im Dezember 2012 in Finnland geplante UN-Konferenz für eine atomwaffenfreie Zone in Nahost verschoben werden musste, ist zivilgesellschaftlicher Druck für ein Zustandekommen eines solchen Prozesses umso wichtiger geworden. ICAN, die internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen, an der auch Pax Christi International beteiligt ist, bleibt am Thema dran und hat Partner in Bahrain, Ägypten, Israel, Palästina, Syrien und Jemen. Auch um das Kairos-Palästina-Dokument palästinensischer Christ/innen ging es in unserem Workshop. In Brasilien gebe es kaum Diskussionen und wenig Material zu Israel/Palästina, erläuterte die Theologin Nancy Cardoso Pereira, in einer vom Welt-

Fotos: Wiltrud Rösch-Metzler



Menschen sammeln sich für die von der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung CUT veranstalteten Groß-Demo durch Porto Alegre für „Eine Welt ohne Mauern“.

kirchenrat und Kairos Palästina organisierten Veranstaltung. „Jedes Mal, wenn ein lateinamerikanisches Land ein Waffengeschäft mit Israel abschließt, sind wir uns dessen bewusst, aber wir diskutieren nicht darüber. Unsere brasilianische Außenpolitik ist klar auf Seiten einer UN-Anerkennung eines Staates Palästina, aber unser Verteidigungsministerium ist an der Seite Israels.“

In Lateinamerika spreche man von fünf Jahreszeiten, Frühling, Sommer, Herbst, Winter und einer Massaker-Jahreszeit. Immer noch kämpfe man um Land. Es gebe keinen Konsens über das Christentum, das mit dem Kapitalismus einhergehe. In diesem Jahr begehe man 40 Jahre Befreiungstheologie, die durchaus lebendig sei. Während des Weltsozialforums wolle man auf diesem Hintergrund noch eine brasilianische Antwort auf das Kairos-Palästina-Dokument verabschieden. Auch Leonardo Boff habe dazu einen Beitrag geliefert.

Auf ein jüdisches Kairos-Dokument hofft Mark Ellis, jüdisch-amerikanischer Philosophieprofessor aus Texas. Er konnte selbst nicht in Porto Alegre teilnehmen und sandte seinen Beitrag per Mail nach Brasilien. Er schrieb: „Im Kairos-Palästina-Dokument ist die jüdische Prophetie gegenwärtig.“ Es ist für ihn Hoffnung, dass revolutionäre Vergeltung erreicht werden kann. Diese sieht er erreicht, wenn sich Palästinenser/innen um Juden sorgen, die in ihren Rechten verletzt wurden, und Juden sich um Palästinenser/innen sorgen, die in ihren Rechten verletzt wurden.

Rifat Kassis, Koordinator von Kairos Palästina und Mitverfasser des Dokuments setzt auf den Süden, wenn es um Unterstützung geht. „Die ersten Kairos-Solidaritätsbewegungen sind im Süden entstanden, auf den Philippinen, in Indien und in Südafrika.“ Kassis sieht die Palästinenser/innen in einer kriegsähnlichen Situation leben. Sie könnten aber nicht in der Verzweiflung leben. Sie sollten in Hoffnung leben können. Christ/innen in Palästina leben auch in einer vorherrschend muslimischen Gesellschaft. Deshalb habe man ein inklusives Dokument geschrieben. Viele aus dem Westen kämen nur um zu sehen, wie sehr die Christ/innen durch den Islam unterdrückt sind und wollten nicht die wirkliche Unterdrückung sehen.

Während der drei Tage in Porto Alegre ging es außerdem um das Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge, wie in der UN-Resolution von 1948 vorgesehen, um palästinensische politische Gefangene, um die Gaza-Blockade, um den Status von Jerusalem, um israelische Siedlungen und den palästinensischen Staat, um eine zunehmende Apartheid, wie sie internationales Recht definiert, vor allem aber um weltweite friedliche Aktionen, um Menschenrechte und Internationales Recht in Nahost durchzusetzen. Porto Alegre war Ausgangspunkt für diese internationale Bewegung.

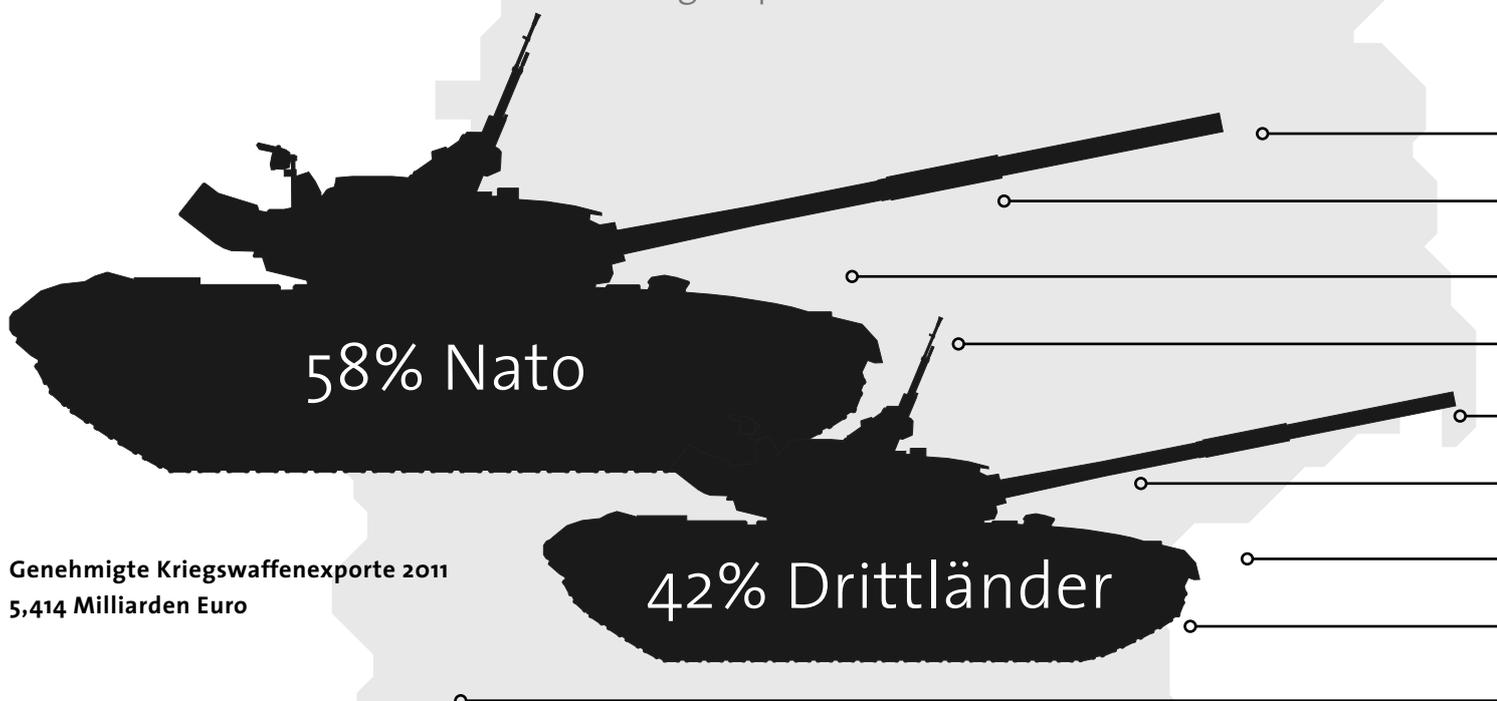
Wiltrud Rösch-Metzler ist pax christi-Vizepräsidentin.



Abschlussveranstaltung des Weltsozialforums in der Aula der Universität von Porto Alegre.

Waffen schaffen keine Stabilität

GKKE-Rüstungsexportbericht 2012 prangert Versagen der Politik bei der deutschen Rüstungsexportkontrolle an



Holger Rothbauer

Zum internationalen Tag der Menschenrechte wurde der 16. Rüstungsexportbericht (REB) der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) veröffentlicht. Der Bericht steht vor dem Hintergrund großer Rüstungsdeals mit fragwürdigen Regierungen wie zum Beispiel Saudi-Arabien, Katar und Indonesien im Focus des Medieninteresses.

Die extrem hohe Steigerung von neu ausgesprochenen Genehmigungen für Waffengeschäfte in die Krisengebiete des Nahen- und Mittleren Ostens kritisiert die Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE scharf. Aus Sicht der GKKE sind es genau solche Waffengeschäfte, die gerade in Konfliktregionen wie dem Nahen Osten keine Stabilität bringen, sondern die Gefahr eines falschen, gefährlichen und entwicklungsfeindlichen Wettrüstens befördern.

Wie in den vergangenen Jahren kritisiert die GKKE weiterhin die fehlende Transparenz bei der Genehmigung von Rüstungsgeschäften. Sie stellt die Frage, ob die Geheimhaltungspflicht im Bundessicherheitsrat verfassungsgemäß ist, da er als Gremium keinerlei grundgesetzliche Verankerung hat.

Lob dagegen kommt für die Legislative. Nach Jahren der Untätigkeit versuchen die Oppositionsfraktionen, aber auch Abgeordnete von CDU/CSU und FDP, das bislang allein der Exekutive überlassene Politikfeld „Rüstungsexport“ neu für sich zu entdecken. Mit kleinen und großen Anfragen sowie Gesetzesveränderungen im Außenwirtschaftsgesetz sollen zumindest die Transparenz und Kontrollmechanismen verbessert werden.

Im Zentrum der Kritik steht aber der weiter gestiegene Genehmigungsanteil von Kriegswaffen- und Rüstungsgüterlieferungen an äußerst problematische Drittstaaten, also Staaten außerhalb der EU und der NATO. Sie erhalten zusammen 42% aller exportierten Rüstungslieferungen mit einem Wert von 2,298 Milliarden Euro.

An Staaten, die seitens der OECD als Empfängerländer offizieller Entwicklungshilfe eingestuft werden, sind im Jahr 2011 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern im Wert von 1,147 Milliarden Euro erteilt worden. Das entspricht 21,2 Prozent des Wertes aller erteilten Einzelgenehmigungen. Somit ist der Rüstungsexport an die Ländergruppe der Ärmsten ebenfalls deutlich gestiegen. Gerade angesichts der weiteren Zunahme von Rüstungsexportgenehmigungen an Drittstaaten, darunter auch

Entwicklungsländer, spricht die GKKE zu recht von der Unkenntlichkeit einer restriktiven Rüstungsexportpolitik. Die Folgen der Exporte sind zunehmende Stabilitätseinbußen der Staaten und Hemmung von sozialstaatlicher Entwicklung. Erstmals greift die GKKE angesichts dieser

Insgesamt fordern die beiden großen Kirchen in Deutschland anhand der gestiegenen Genehmigungszahlen für Kriegswaffenexporte in Drittstaaten und der stark gesteigerten öffentlichen Debatte zu Rüstungsexporten die Bundesregierung auf, noch deutlicher als bisher die zuneh-

Unter den Drittstaaten waren die relevantesten Abnehmer deutscher Rüstungslieferungen die folgenden Staaten:

Vereinigte Arabische Emirate	356,9 Mio. Euro
Singapur	343,8 Mio. Euro
Irak	244,3 Mio. Euro
Algerien	217,4 Mio. Euro
Südkorea	198,6 Mio. Euro
Russland	144,1 Mio. Euro
Saudi-Arabien	139,5 Mio. Euro
Indien	90,1 Mio. Euro
Ägypten	74,2 Mio. Euro

Entwicklungen die von der „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel“ geforderte Debatte über die rechtlichen Grundlagen des deutschen Rüstungsexportes auf. Sie stellt stark in Frage, ob sich die Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates, des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wirklich nachvollziehbar auf der Grundlage des Grundgesetzes (Art. 26 Abs.2 GG) bewegen.

Im Berichtsjahr sind erneut kleine und leichte Waffen deutscher Herkunft in Staaten aufgetaucht, die von Gewaltkonflikten erschüttert werden und damit von Rechts wegen als Abnehmer genehmigter Lieferungen ausscheiden sollten. Mit besonderem Interesse verfolgt die GKKE die nunmehr schon seit über zwei Jahren andauernden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Stuttgart um die mehr als 8.000 G-36 Sturmgewehrlieferungen von Heckler & Koch nach Mexiko.

In einem gesonderten Kapitel setzt die GKKE noch einen Schwerpunkt auf die internationalen Entwicklungen hinsichtlich der Verhandlungen um ein internationales Waffenhandelsabkommens (Arms Trade Treaty, AAT) und kritisiert die deutsche Regierungsdelegation wegen völliger Initiativlosigkeit in den ins Stocken geratenen Verhandlungen.

mend intransparenten und undemokratischen Zustände in diesem Politikfeld aufzulösen. Die Regierung soll sich überprüfbar an die eigenen Vorgaben der politischen Grundsätze zum Rüstungsexport aus dem Jahr 2000 sowie den gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten halten. Jedes Regierungshandeln muss in einer Demokratie gerade in einem solch sensiblen Feld wie dem Waffenhandel einsehbar und kontrollierbar durch Legislative und Judikative sein.

In krassm Unterschied zum hohen Medienecho zeigen sich Kanzlerin und zuständige Minister unbeeindruckt von den Hinweisen der Kirchen. Über die Weihnachtstage sind die nächsten Panzerexportanträge nach Saudi-Arabien bekannt geworden und über Karneval die Liefergenehmigung von Patrouillenbooten. Es ist wichtiger denn je, dass pax christi und die Kampagne „Aktion Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel!“ das Thema prominent in den Bundestagswahlkampf einbringen, damit sich vielleicht ja doch einmal was ändert!

Rechtsanwalt Holger Rothbauer ist seit den 80er Jahren mit pax christi gegen Rüstungsexporte engagiert.



Am 13. Februar steht jährlich der Gedenktag der Bombardierung Dresdens an. Dabei wurde bisher vor allem der Mut und die Opferbereitschaft der Dresdener/innen betont, jedoch ohne Bezug zu den neonazistischen Mordtaten. Nach den Protesten der letzten Jahre hat die Problematik Dresdens bundesweit Aufmerksamkeit erweckt.

Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit

Dresdener Reflexionen

Elke Steven

Wie jedes Bundesland hat auch Sachsen seine eigene Geschichte und von daher sein eigenes sozialpolitisches Profil. Einseitige Ermittlungen und Verfolgung von Nazi-gegnern haben den Umgang mit Antirassismus- und Antisemitismus-Protestierenden besonders in Dresden geprägt. Thierse sprach 2011 von „Sächsischer Demokratie“, worauf Polizei und Polizeigewerkschaft Anklage erhoben, weil Thierse Sachsens Polizisten beleidigt habe. Staatliche und kommunale Behördenleiter sehen nach wie vor die „Gefahr“ einzig in den Protesten gegen NPD und deren Kameradschaften. Die strafrechtliche Verfolgung der Protestierenden hat bisher allerdings wenig Wirkung gezeigt. Die Strafverfahren gegen Teilnehmer/innen von Sitzblockaden verliefen im Sand. Verfahren gegen Abgeordnete der Linken, die wegen „Rädelsführerschaft“ bei den Protesten im Jahr 2010 belangt werden sollten, mussten eingestellt werden.

Im Jahr 2011 hat die Polizei begonnen, die Teilnehmer/innen am Aufmarsch von NPD und deren Kameradschaften auf die Südseite der Elbe, die Gegendemonstranten/innen auf die Nordseite der Elbe zu verschicken und eingrenzen zu wollen. Eine polizeiliche Sortierung auf den beiden Seiten der Elbe funktionierte jedoch nicht, da auch in der Südvorstadt viele Gruppen unterwegs waren, die ihren Protest gegen die braunen Rassisten zum Ausdruck bringen wollten. Ein Gerichtsurteil erregte die Gemüter besonders stark: Ein 36-jähriger Familienvater aus Berlin wurde wegen Landfriedensbruch und Beleidigung zu einer Haftstrafe von 1 Jahr und 10 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Grund dafür war, dass er angeblich am

19. Februar 2011 in der Südstadt von Dresden ein Megafon in Händen gehabt haben soll, mit dem er die Aufforderung „Kommt nach vorne“ lautstark verbreitet haben soll. Dies wurde als Aufruf zu Gewalt gegen Polizeibeamte und zum Durchbrechen der Polizeikette bewertet. Verständlicherweise sorgte dieses Urteil bei Demokrat/innen für viel Empörung, denn wer kann sich jetzt noch trauen, während einer Demonstration ein Megafon in die Hand zu nehmen? Das Verfahren gegen Pfarrer Lothar König, der mit seinem Lautsprecherwagen und mit Musik „zu Gewalt angestachelt haben“ soll, steht im März 2013 an. Länger schon sind andere Verfahren anhängig. Ein Beispiel: Ein Betreuer des Fußballklubs Roter Stern veröffentlichte das Foto eines Fußballspielers des SV Lipsia Eutritsch, der ungeniert seine Hakenkreuztätowierung an seinem Oberarm zur Schau stellte. Die Anklage gegen den Nazi-Tätowierten wurde durch die Leipziger Staatsanwaltschaft schnell eingestellt. Andere hätten die Tätowierung nicht gesehen, hieß es von den Richtern.

Der Weg ist lang zu mehr Rechtsstaatlichkeit und zu frei entschiedener Abkehr von Gewaltideologien. Ein wenig Hoffnung bleibt auf unsere Gerichtsbarkeit. Das Bundesverfassungsgericht entschied vergangenen Januar, dass eine Mutter, die aus der rechten Szene ausgestiegen war und sich vor früheren Gesinnungsgenossen verstecken muss, dem Vater das Umgangsrecht mit ihren Kindern verweigern darf. Wir brauchen eine starke Gerichtsbarkeit, um frei zu werden von neonazistischer und rassistischer Gewaltideologie.

Elke Steven ist Referentin beim Komitee für Grundrechte und Demokratie in Köln.

Zur Feindesliebe

Horst-Peter Rauguth

Liebe Freundinnen und Freunde in pax christi,

im Juli 2010 machten sich Mitglieder von pax christi im Bistum Trier zu einer Erinnerungs- und Versöhnungsfahrt nach Verdun auf. Über 90 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges wollten wir uns an die Schrecken von Krieg und Gewalt erinnern und gleichzeitig die Wege der europäischen Versöhnungsarbeit würdigen und uns in unserer Arbeit für Versöhnung und gegen Krieg bestärken. Die Schlachtfelder von Verdun tragen auch heute noch die Narben des unerbittlichen Schlachtens zwischen deutschen und französischen Soldaten. Diese umgewühlten und von den mehrfachen schrecklichen und tödlichen Kämpfen von 1914-18 gezeichneten Flecken Erde führten uns, die sie durchwandernden Besuchern, die Folgen von Feindschaft und Krieg konkret vor Augen.

Uns beschäftigten die Fragen: Wie war es möglich, dass Christ/innen in benachbarten Ländern sich so in eine Feindschaft hineinsteigern konnten, dass sie einander massenhaft abschlachteten? Wie konnten diese Feindbilder entstehen? Bei unserem Friedensgebet vor Ort war uns Jesu Weisung im Matthäusevangelium „Liebet eure Feinde“ dann wegweisend.

Jesus ruft uns zur Feindesliebe auf. Er ruft dazu auf, dem Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt, von ausgleichender Gerechtigkeit mit begrenzter Rache ein Ende zu setzen, durch das Tun von Gutem und das Beschenken des „Feindes“. Dabei soll das eigene Tun dem Gegenüber seine unrechten Taten vor Augen führen und ihn als Mensch trotz seiner Taten achten.

Unsere negativen Gefühle und Vorurteile sollen wir durch eine Haltung überwinden, die im Anderen den Menschen sucht, der nicht nur böse sein kann, sondern auch gut, wie wir selbst.

Nach dem 2. Weltkrieg, den die Erfahrungen des ersten nicht verhindern konnten, trafen sich in Frankreich Menschen, um für die Versöhnung mit Deutschland zu beten. Einer von ihnen war Bischof Théas von Montauban, der im Internierungslager Compiègne war und der nur knapp einer Deportation nach Buchenwald entging. Er hat gewiss das böse Handeln von deutschen Menschen kennen gelernt. Er war überzeugt, dass nur die Feindesliebe im Stande ist Vergeltung und Gewalt zu überwinden. Er glaubte, dass der Krieg erst wirklich zu Ende ist, wenn die Menschen sich versöhnen. Durch sein Engagement über alle herrschenden Grenzen hinweg entstand unsere pax christi-Bewegung.

Ende Januar wurde das 50-jährige Jubiläum des Elysée-Vertrages gefeiert. Verträge, mit denen Frankreich und Deutschland Konsultationen statt Kämpfen in der Außen- und Sicherheitspolitik vereinbarten.

Mittlerweile ist durch den Willen der Menschen in Deutschland und Frankreich aus der Erzfeindschaft eine Freundschaft geworden, die auf ganz Europa ausstrahlt. Jesu frohe Botschaft und diese Erfahrung sollten uns ermutigen auch heute, wann immer Menschen zu Feinden werden, nichts unversucht zu lassen im Feind den Menschen zu sehen und ihn zum Freund zu machen.

Diakon Horst-Peter Rauguth aus Saarbrücken ist Geistlicher Beirat der deutschen pax christi-Sektion.



Präsidiumsnotizen

Josef Roberg

Konstituierende Präsidiums-Sitzung Dezember 2012

Das Präsidium traf sich im Dezember zu seiner konstituierenden Sitzung in Fulda. Am ersten Abend nahmen wir uns Zeit, um die Menschen besser kennen zu lernen, mit denen wir die nächsten drei Jahre im Präsidium zusammen arbeiten wollen: Was ist den einzelnen wichtig, welche Aufgaben übernehmen wir gerne, welche lieber nicht? – Basis auch für die anschließende Aufgabenverteilung. Norbert Richter und Gerold König wurden neben Wiltrud Rösch-Metzler in den Geschäftsführenden Vorstand gewählt. Josef Roberg vertritt das Präsidium in der Redaktion der pax_zeit. Für jede Kommission und jede Bistums- bzw. Regionalstelle gibt es wieder eine(n) Ansprechpartner(in) im Präsidium. Inhaltlich befasste sich das Präsidium mit den aus der DV überwiesenen Anträgen. Das neue Erscheinungsbild wurde nochmals ausführlich diskutiert. Schnell fiel die Entscheidung für den Untertitel „Internationale katholische Friedensbewegung“, während wir uns die Entscheidung gegen ein zusätzliches Symbol nicht leicht gemacht haben.

Präsidiums-Sitzung Februar 2013

Die zweite Präsidiumssitzung Anfang Februar hatte drei Schwerpunkte. Mit Bischof Algermissen wurden ausführlich die zahlreichen Reaktionen auf seine Afghanistan-Erklärung diskutiert. Zustimmung und ablehnende Kommentare verdeutlichen, wie aktuell das Thema ist und wie viel Diskussionsbedarf weiterhin besteht. Es wurde beschlossen, zur Afghanistan-Erklärung eine Zusammenfassung und Bewertung zu publizieren. Viel Zeit hat das Präsidium für die Diskussion einer, den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen angepassten, Struktur und Satzung für die Bewegung investiert. Der Entwurf wird nun den Gremien vorgestellt, um bei der nächsten Delegiertenversammlung eine Verabschiedung zu ermöglichen. Die Präsidiumsmitglieder stehen allen Interessierten für Erläuterungen hierzu zur Verfügung. Der dritte Schwerpunkt befasste sich mit der Weiterentwicklung des neuen Corporate Design von pax christi. Das Ergebnis dieser Diskussion halten Sie mit dieser Ausgabe der pax_zeit in den Händen.

Vom 19. bis zum 20. April 2013 findet die nächste Präsidiumssitzung in Fulda statt.

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Gegen Freihandelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien

Die Kommission Solidarität Eine Welt wandte sich am 5. Dezember 2012 gegen die Ratifizierung eines Freihandelsabkommens der Europäischen Union mit Peru und Kolumbien. Sie sprach die Befürchtung aus, dass dieses Abkommen die sozialen und ökologischen Konflikte in diesen Ländern verschärfen werde, da es den rücksichtslosen Abbau der Rohstoffe der Länder forcieren werde.

„EU hat Nobelpreis nicht verdient“

Kritik am Friedensnobelpreis für die Europäische Union äußerte am 7. Dezember 2012 die Kommission Friedenspolitik. Statt der Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen betreibe die EU eine konfrontative Militär- und Rüstungspolitik, bekämpfe Flüchtlinge mit militärischen Mitteln und sei an der Aushebelung der Friedensnormen der UN-Charta z.B. im „Krieg gegen den Terror“ beteiligt.

Kritik am israelischen Siedlungsbau begrüßt

Die Nahostkommission begrüßte am 12. Dezember 2012 die Kritik der Bundesregierung am israelischen Siedlungsbau und forderte sie auf, die Kennzeichnung von Siedlungsprodukten zu gewährleisten. Die EU solle die Empfehlungen ihrer Botschafter umsetzen, um finanzielle Transaktionen zugunsten der Siedlungen zu verhindern und die EU-Bürger/innen über die Risiken aus dem Kauf von Eigentum in Siedlungen informieren. Am 29. Januar 2013 übergab die Kommission zusammen mit dem EAPPI-Netzwerk des Ökumenischen Begleitprogramms Unterschriftenlisten im Auswärtigen Amt mit der Forderung nach korrekter Kennzeichnung von Siedlungsprodukten.

Keine Patriot-Raketen an die syrische Grenze

Die Kommission Friedenspolitik appellierte am 13. Dezember 2012 in einem Brief an die Bundestagsabgeordneten, dem Patriot-Stationierungs-Beschluss der Bundesregierung die Zustimmung zu verweigern. Die Verlegung deutscher Patriot-Systeme an die türkisch-syrische Grenze und der Einsatz deutscher Awacs zur Ausspähung des syrischen Luftraums

eskalieren die Situation und könne der Einrichtung einer Flugverbotszone oder gar einer militärischen Intervention dienen.

Friedlicher Widerstand gegen Repression in Mexiko

Zur Solidarität mit den indigenen Gemeinden der Zapatisten in Chiapas/Mexiko rief am 4. Januar 2013 die Kommission Solidarität Eine Welt auf. Repression, willkürliche Verhaftungen bis zu Morden durch staatliche Organe gegenüber den Indigenen hätten in unerträglichem Maß zugenommen. Land, das die Zapatisten bebauen, werde ihnen streitig gemacht, da Investoren lukrativere Verwendung auf dem freien Markt anstrebten. Ca. 40.000 Nachkommen der Maya organisierten Schweigemärsche mit der Botschaft: *„Trotz eures Krieges kämpfen wir ohne Waffen, verkaufen uns nicht und auch nicht unser Land.“*

Impulseheft „Verbaute Zukunft“

In einem Impulseheft der Nahostkommission dokumentieren die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem und die EU Heads of Mission, wie sich der israelische Siedlungsbau entwickelt hat (in der Westbank ohne Ostjerusalem von 1.200 Personen im Jahr 1972 auf über 310.000 Personen im Jahr 2010) und wie er das Leben der palästinensischen Bevölkerung beeinträchtigt. Drei Siedlungen sind große Städte mit bis zu 45.000 Einwohnern.

„Französischer Kriegseinsatz in Mali fragwürdig“

Die Kommission Friedenspolitik forderte am 21. Januar 2013 die Bundesregierung auf, auf die französische Regierung einzuwirken, dass sie den Kriegseinsatz in Mali beendet und diplomatische Initiativen ergreift, die alle Konfliktparteien in Mali und der Region einbezieht. Die Krisensituation im Norden Malis sei eine Folge des militärischen Eingreifens in Libyen und der Mitnahme von Waffen durch Gaddafis Tuareg-Söldner, in die ihnen von der Zentralregierung bestrittenen Stammesgebiete in Mali. Hinter dem Einsatz stehe die Absicht Frankreichs, den Zugang auf die Uranvorkommen in der Grenzregion von Mali und Niger zu sichern.

Meldungen aus den Bistumsstellen

Markus Weber

Bistumsstellen Augsburg und München

Erfahrungsaustausch und Kooperationen



Foto: pax christi Augsburg und München

Am 23. Januar kamen Mitglieder der beiden Bistumsstellen zusammen, um gemeinsame Aktivitäten für das kommende Jahr zu planen. So ging es beispielsweise um die Zusammenarbeit bei den Friedensräumen in Lindau oder um die Erfahrungen mit der Kampagne „Besatzung schmeckt bitter“ von pax christi. Die Teilnehmer/innen vereinbarten, auch im Jahr 2014 sich wieder zu treffen und zu kooperieren. So werden beide Bistumsstellen vom 28. – 30. März 2014 unter anderem das deutschlandweite Bistumsstellentreffen von pax christi in Nonnenhorn am Bodensee ausrichten.

Bistumsstelle Berlin

Gemeinsames Gebet am Weltfriedenstag

Rund 200 Gottesdienstbesucher/innen aus ganz Berlin haben am Neujahrstag anlässlich des Weltfriedenstages in der Kirche St. Marien-Liebfrauen für den Frieden gebetet. Unter dem Leitwort der diesjährigen Friedensbotschaft von Papst Benedikt XVI. zum 1. Januar „Selig sind, die Frieden stiften“ gedachten die Teilnehmer/innen an die Länder der Erde, die sich in Kriegen und Konflikten befinden. Sie entzündeten 20 Kerzen für bekannte und unbekannte Kriege von Syrien bis Myanmar, von Irak bis Afghanistan, von Nigeria bis Mali. Amill Gorgis von der syrisch-orthodoxen Gemeinde erläuterte die Situation in seiner Heimat und schloss sich der Weihnachtsbotschaft des Bischofs von Aleppo an: „Hilf den Konfliktparteien zusammen zu kom-

men, so dass sie sich an den Verhandlungstisch setzen und offen nach einem Ausweg suchen.“

Zu dem Gebetsabend, bei dem Weihbischof Matthias Heinrich predigte und an dessen Ende auch die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ vorgestellt wurde, hatten die Gemeinschaft Sant’ Egidio und pax christi gemeinsam mit der Gemeinde St. Marien-Liebfrauen eingeladen.

Bistumsstelle Limburg

Wanderfriedenskerzen verbreiten Friedensbotschaft

Foto: pax christi Mainz



100 Mal leuchtete eine von vier „Wanderfriedenskerzen“ im Rahmen der ökumenischen Aktion „Wanderfriedenskerze“, die vom Antikriegstag, dem 1. September 2012, bis zum Buß- und Bettag, dem 21. November 2012, in der erweiterten Rhein-Main-Region die Friedensbotschaft verbreitet hat. Das Motto „Du bist nicht mein Feind“ sprach die Menschen bei Gottesdiensten, Friedensgebeten und weiteren Gelegenheiten an. Beteiligte und Gottesdienstbesucher/innen erfuhren nicht nur von der mutigen und hoffnungsvollen Aktion des israelischen Familienvaters Ronny Edry und seiner Frau, Liebesbotschaften an Menschen im vermeintlichen „Feindesland“ Iran zu senden. Sie wurden auch ganz persönlich dazu inspiriert, eigene Feindbilder und Klischees zu reflektieren und möglichst zu überwinden.

AIRTEC 2012 - Langer Atem zeigt Wirkung

Foto: Gernot Lennert / DFG-VK Hessen



Ein langer Atem kann sich lohnen. Dies zeigte die große öffentliche Resonanz auf die diesjährigen Proteste gegen die Ausstellung von Kriegstechnologie auf der siebten Zuliefermesse der Luft- und Raumfahrt, AIRTEC, in Frankfurt. Verschiedene Medien berichteten über die Kritik an bewaffneten Drohnen und anderer Kriegstechnologie, die bereits seit mehreren Jahren die Ausstellung von Kriegsgeschütz in der Mainmetropole begleitet. Am 5. November 2012 waren über 40 Friedensbewegte dem Aufruf von pax christi und anderer Mitveranstalter an die Hauptwache in Frankfurt gefolgt. Als Symbol des Friedens stiegen ein Dutzend Friedenstauben in den Himmel. Anschließend segelten hunderte zivile Papierflieger mit Informationen zu Drohnen vom Turm der Katharinenkirche runter zur Hauptwache.

Rhein-Main-Netzwerk gegen Rüstungsexporte

Über 70 Teilnehmer/innen haben am 8. Dezember 2012 den Thementag zum deutschen Waffenhandel im Haus am Dom in Frankfurt besucht. Darunter waren auch Politiker, wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch, der mit seiner Behauptung Aufmerksamkeit erregte, Waffen seien Wirtschaftsgüter wie Autos und Waschmaschinen. Die Bundestagsabgeordneten von SPD und Grünen, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Katja Keul, machten deutlich, dass die öffentliche Diskussion schon zu Veränderungen der Positionen in beiden Parteien geführt hat. Parlamentarische Kontrolle von Rüstungsexport-Genehmigungen, die Überführung der restriktiveren politischen Richtlinien in ein Rüstungsexport-Gesetz, und vielleicht sogar die Unterbindung des Kleinwaffenexports in Staaten außerhalb von NATO und EU scheinen denkbar. Dies würde sicher, so die Linken-Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz, auch von der Partei Die Linke mitgetragen, die schon heute die noch weitergehenden Forderungen der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ unterstützt.

Bistumsstelle Mainz

Ehemaliger Verteidigungsminister gegen Panzerlieferungen

In einem Gespräch von Rüsselsheimer Aktiven der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ mit dem CDU-Abgeordneten des Wahlkreises Groß-Gerau und Ex-Verteidigungsminister Franz-Josef Jung in Groß-Gerau, äußerte sich dieser kritisch zu den Plänen der Bundesregierung, Panzer an Saudi-Arabien zu liefern. Solche Panzerlieferungen habe es zu seiner Zeit als Verteidigungsminister nicht gegeben, so Jung, und auch heute stehe er solchen Plänen wegen der politischen Instabilität im Nahen Osten ablehnend gegenüber. Darüber hinaus sprach sich der Abgeordnete dafür aus, dass sich künftig ein parlamentarisches Kontrollgremium – wenn auch geheim – mit Waffenexporten beschäftigt. Über weiter gehende Forderungen der „Stoppt

den Waffenhandel!“-Kampagne konnte keine Übereinstimmung erzielt werden. Während Franz-Josef Jung wiederholt auf die aus seiner Sicht erfolgreichen Einsätze von Bundeswehr und NATO in Afghanistan und Ex-Jugoslawien verwies, betonten seine Gesprächspartner/innen die Notwendigkeit ziviler Konfliktbearbeitung. Kein Problem sieht das Mitglied des Bundestages auch in der mit Waffenexporten verbundenen Geheimhaltung. Diese diene der Sicherheit sowohl der Liefer- als auch der Empfängerländer. Demgegenüber verwiesen die Vertreter/innen der Kampagne auf die starke Ablehnung von Rüstungsexporten in der Bevölkerung. Geheimniskrämerei und fehlende parlamentarische Kontrolle führe zu wachsendem Misstrauen gegenüber der Politik, so die Aktivisten.

Bistumsstelle Regensburg

Spenden für Kinderhilfe Afghanistan

Foto: pax christi Regensburg



Einen symbolischen Scheck mit einer Spende in Höhe von 4.500 Euro konnten die beiden Vorsitzenden von pax christi Regensburg, Elisabeth Reinwald und Max Hutzler, an die Initiatoren der Kinderhilfe Afghanistan, Anette und Reinhard Erös übergeben. Das Geld, das durch die Präsenz von pax christi auf dem Christkindlmarkt der sozialen Initiativen in Regensburg, durch das traditionelle Benefizessen am letzten Samstag vor Weihnachten beim „Steidlewirt“ sowie durch weitere Spenden zusammen gekommen war, soll die Initiative des Ehepaars Erös dabei unterstützen, vor allem Kindern und Frauen in Afghanistan mit schulischen und medizinischen Projekten zu helfen. Dementsprechend berichtete Reinhard Erös auch über die Fortführung der bisher bestehenden Schulprojekte sowie über ein neues Hochschulprojekt. Erös monierte zugleich, dass trotz reduzierter Truppenstärke auch künftig der „Logik der Waffen“ in dem kriegsgebeutelten Land der Vorrang eingeräumt wird. Außerdem wünschte sich der ehemalige Oberarzt der Bundeswehr in seinem Statement von der Militärseelsorge eine kritischere Begleitung des Konflikts sowie eine bessere Nachsorge für traumatisierte Soldaten.

Bistumsstelle Münster

Nein zu deutschen Kampfdrohnen

pax christi im Bistum Münster lehnt die Pläne der Bundesregierung, so genannte Kampfdrohnen für die Bundeswehr anzuschaffen, kategorisch ab. Die Bistumsstelle widerspricht mit ihrem Protest Aussagen von Politikern, die den Einsatz solcher ferngesteuerten, unbemannten Flugkörper als „ethisch neutral“ bezeichnet hatten. Vielmehr äußert pax christi starke völkerrechtliche und ethische Bedenken gegen diese Art der Kriegsführung. So gebe es beispielsweise eine hohe Anzahl ziviler Opfer bei Einsätzen der Waffen in Pakistan, Afghanistan oder im Jemen durch US-Streitkräfte. Durch die bei einem Drohneneinsatz erhebliche Distanz zwischen dem Angreifer und dem Angegriffenen und durch die damit einhergehende Entpersonalisierung dieser Art der Kriegsführung werde zudem dazu beigetragen, die Hemmschwelle zu senken, einen Menschen zu töten.

Bistumsstelle Essen

Dialog zur Nahost-Kampagne

Zu einem Dialog über die pax christi-Kampagne „Besatzung schmeckt bitter“ hatte die Bistumsstelle verschiedene jüdische und jüdisch-christliche Organisationen im Großraum Essen eingeladen. Dadurch fanden zwei Diskussionsabende statt: zum einen mit Vertretern des Vorstands der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit (GCJZ) Gelsenkirchen und zum anderen mit Uri Robert Kaufmann, dem Leiter der Alten Synagoge Essen, und dem Vorstand der GCJZ Essen. Neben Informationen über Hintergründe und Zielsetzung der Aktion kam es zu einem lebhaften Austausch über den Nahost-Konflikt. Die Meinungen über Ursachen, Verantwortlichkeiten und Lösungsansätze waren teilweise höchst unterschiedlich, dennoch verlief das Gespräch in überwiegend respektvoller Atmosphäre und trug dazu bei, das Verständnis für die jeweiligen Sichtweisen zu vertiefen.

Leserbriefe

**Betreff: pax_zeit | 4_2012; S.2
„Botschaft der Konziliaren Versammlung...“**

„Wir sind Volk Gottes, wenn wir mit vielen suchenden Menschen weltweit, mit feministischen sozialen und politischen Menschenrechts- und Demokratiebewegungen verbunden sind. Darin sind die Lesben-, Schwulen-, Transgender- und Intergender-Bewegungen eingeschlossen“. Sachlich sicher richtig. Die genannten Bewegungen können Teil des Volkes Gottes sein. Sprachlich gesehen kommt mir die Aufzählung der Bewegungen vor wie eine abschreckende oder lächerliche Verbeugung vor dem, was gerade vom Zeitgeist einer ‚progressiv dynamischen‘ Subkultur in den Vordergrund gespült und, was diese Bewegungen sicher nicht verdient haben, morgen wieder vergessen wird.

Mathias Cronauer

**Betreff: Kampagne 2013
„Hallo Finanzamt – Steuern Gegen Gewalt“**

Das Netzwerk Friedenssteuer in Deutschland ruft zur Verweigerung der Militärsteuer auf. Ein guter Tag dafür ist der 15. April 2013, der International Day of Military Spending. Von Politikern zu fordern, dass Ausgaben für Rüstung und Rüstungsexporte eingefroren oder beendet werden, genügt nicht. Wir müssen persönlich bei unseren Finanzämtern dagegen protestieren, dass wir gegen unser Gewissen gezwungen werden, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Diesem Zweck dient – wenn Sie Arbeitnehmer/in sind – eine Erklärung des Vorbehaltes für alle künftigen Steuern bis zu einer gesetzlichen Regelung der Militärsteuerfrage und wenn Sie Nicht-Arbeitnehmer/in sind ein Antrag zur Stundung Ihrer Steuern. Dafür gibt es zwei Musterbriefe an das Finanzamt im Internet unter www.netzwerk-friedenssteuer.de. Nur wenn wir zahlreich mutig unser Recht auf eine Lebensweise ohne Militärfinanzierung einfordern, können wir Erfolg haben – langen Atem haben wir sowieso! Deshalb unterstützt die BST-München die eindringliche Bitte des Netzwerks Friedenssteuer an Sie, an der Kampagne 2013 erstmals oder wieder teilzunehmen.

Sepp Rottmayr

**Betreff: pax_zeit | 4_2012 Einspruch zum Artikel
„Neue Leitlinien gegen Landgrabbing“**

Erfreut habe ich in der pax_zeit über das Thema Landgrabbing gelesen. Widersprechen möchte ich aber Pater Schoneckes positiver Bewertung der „Freiwilligen Leitlinien“. Richtig ist, dass die Vertreter der Zivilgesellschaft eingeladen waren daran mitzuarbeiten. Aber rechtfertigt das jeden Kompromiss? Sind die „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit“ wirklich eine Unterstützung gegen Landgrabbing? Aufgrund der Freiwilligkeit ist nicht davon auszugehen, dass sich irgendetwas ändern wird.

Dazu ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: 2012 wurden in der EU die „Richtlinien für erneuerbare Energien“ erneut verhandelt. Während der erste Entwurf bei den zu erwartenden Emissionen der Energiepflanzen (Raps, Soja, etc.) die indirekte Landnutzung - ILUC – hinzugerechnet, fehlt dieser wichtige Passus, in der verabschiedeten Richtlinie. Das hätte das Aus für alle aus Energiepflanzen gewonnenen Agro-Treibstoffe der ersten Generation einschließlich des aus der Ölpalme gewonnenen Palmöls, das in Heizkraftwerken verbrannt wird, bedeuten können. Damit wäre Landgrabbing für die Nutzung von Energiepflanzen total unattraktiv. Doch leider hat sich die falsche Lobby durchgesetzt.

Wichtig ist mir: Die ILO-Konvention 169 von 1989 ist das einzige völkerrechtlich verbindliche Dokument, das die Rechte indigener Völker weltweit und umfassend anerkennt. Im Kapitel 2 der ILO 169, Art. 13-19, wird das volle Recht auf Land und Ressourcen zur Sicherung der eigenen Identität und das Recht auf Beteiligung an Entscheidungen (über Land und Ressourcen), die diese Völker direkt betreffen, beschrieben. Das faktische Herzstück der ILO-Konvention 169 stellen die Konsultations- und Partizipationsverfahren in den Artikeln 6 und 7 dar. Weil die ILO-Konvention 169 aber längst nicht angewandt wird und in Deutschland z.B. noch nicht ratifiziert ist, wird dies nicht umgesetzt.

Auch mit den Menschenrechten – insbesondere mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten – ist Landgrabbing nicht vereinbar. Doch auf die freiwilligen Richtlinien hätte man ohne Einbußen rechtlicher Möglichkeiten verzichten können. Der wichtigste Schritt zur Eindämmung des Landgrabbing ist aus Sicht der pax christi-Kommissionen „Solidarität Eine Welt“ und „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch alle Staaten. Landgrabbing wäre damit nicht gestoppt, aber eine Klagemöglichkeit geschaffen.

Heinz Peter Vetten

Neues Erscheinungsbild

pax christi will stärker wahrgenommen werden und unterstreicht mit dem neuen Erscheinungsbild seine wichtige friedenspolitischen Arbeit.

Liebe pax christi Mitglieder, vor drei Jahren auf einem Bistumsstellentreffen in Bonn hatten wir festgestellt, dass pax christi in Deutschland kein gemeinsames Erscheinungsbild hat. Unterschiedliche Farben, Schriften, Formate und Webseitenadressen werden von Sektion, Kommissionen und Bistumsstellen verwendet. So ist es schwierig, pax christi deutlich als Absender einer Aktion zu erkennen. Von dieser Bestandsaufnahme aus hat sich das Präsidium auf den Weg gemacht. Zunächst wollten wir nur die Webseite neu gestalten. Aber uns wurde schon sehr bald klar, dass dies, ohne das Ganze im Blick zu haben, unser Problem nicht nachhaltig lösen wird.

Was ist anders geworden?

Auf der Delegiertenversammlung im Oktober 2012 in Fulda haben wir in einem Antrag dafür geworben, das neue Logo einzusetzen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Aufgegriffen haben wir den Wunsch vieler Delegierter den Zusatz „Internationale katholische Friedensbewegung“ ins Logo zu integrieren. Indem möglichst viele möglichst häufig das neue Erscheinungsbild verwenden, tragen wir zusammen zur besseren Sichtbarkeit von pax christi in der Öffentlichkeit bei.

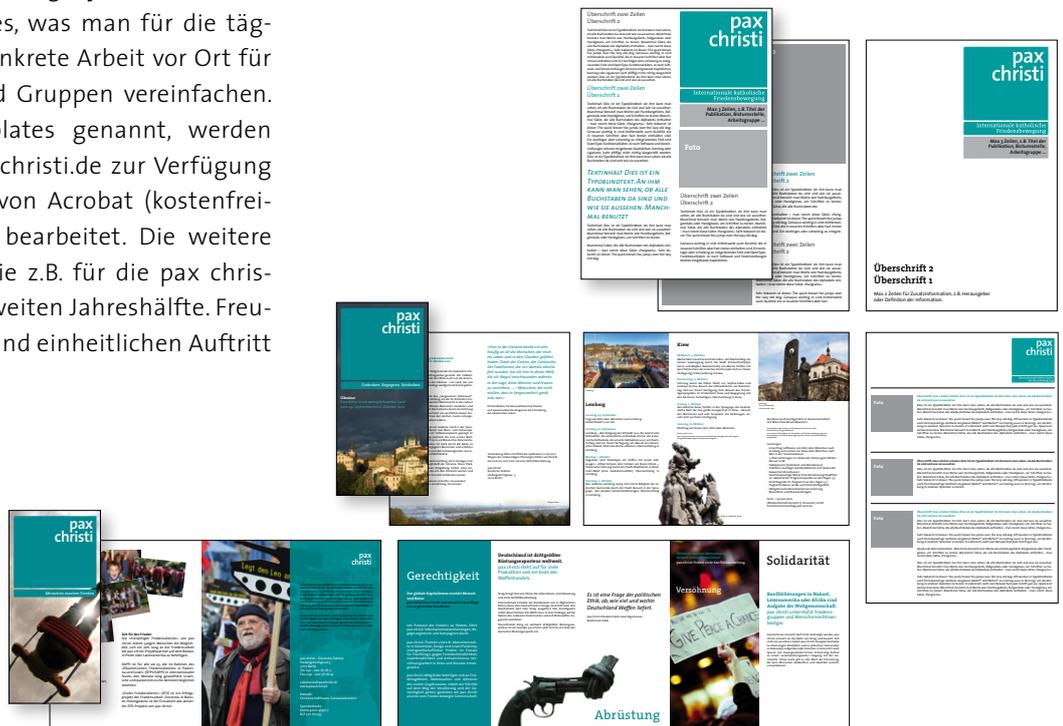
Realisation

Druckvorlagen, z.B. für Ausschreibungsflyer, Broschüren, Briefpapier, Newsletter – eben alles, was man für die tägliche Arbeit braucht – sollen die konkrete Arbeit vor Ort für Bistumsstellen, Kommissionen und Gruppen vereinfachen. Diese Druckvorlagen, auch Templates genannt, werden auf einer Plattform über www.paxchristi.de zur Verfügung gestellt und mit dem pdf-Reader von Acrobat (kostenfreies Programm) direkt im Internet bearbeitet. Die weitere Umsetzung unserer neuen CD-Linie z.B. für die pax christi-Homepage erfolgt dann in der zweiten Jahreshälfte. Freuen wir uns also auf einen frischen und einheitlichen Auftritt von pax christi.

Eure
Wiltrud Rösch-Metzler
pax christi-Vizepräsidentin



Wir haben uns bewusst dafür entschieden, unseren Namen pax christi, der unser Programm ist, besonders hervorzuheben und auf graphische Zusätze zu verzichten. Die Farbe verbindet Himmel und Erde und drückt unseren Bezug zur Friedensbewegung aus.



Unsere Waffen töten – Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ stellt die Pistolen-Skulptur mit entknotetem Lauf vor das Kanzleramt

Die Bundesregierung hat das Friedenssymbol der verknoteten Pistole, „Non Violence“ des schwedischen Künstlers Carl Fredrik Reuterswärd, nicht verdient. Die Wahrheit lässt sich nicht verdrehen: Deutschland ist weltweit der drittgrößte Waffenhändler. Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ hat am 26. Februar 2013 in Berlin der Bundesregierung für ihre zweifelhaften Verdienste im Rüstungsexport die Skulptur „Unsere Waffen töten“ verliehen. „Eine Pistole, deren Lauf verknotet ist, steht im Bundeskanzlergarten. Non-Violence steht darunter, Gewaltlosigkeit.

Eine schöne Utopie, aber leider nicht die Realität. „Gewalt geht von Deutschland aus, um des lieben Geldes willen“, erklärte der Franziskaner Bruder Jürgen Neitzert bei der Enthüllung der Skulptur. Er ergänzte: „Alle Bundesregierungen haben am Waffenexport teilgenommen.“

Auf www.paxchristi.de finden Sie den kompletten Text zur Kampagne sowie weitere Informationen:

- Rede von Christine Hoffmann, pax christi
- Rede von Jürgen Neitzert; Franziskaner
- Rede von Monty Schädel; DFG-VK
- Pressemitteilung als PDF
- Infolyer zum Aktionstag

Foto: Dominik Thomas Butzmann, Berlin

